



Inhaltsverzeichnis

04.11.2025	Golem: AKW Rheinsberg: Der ganz langsame Abschied von der Atomkraft	3
04.11.2025	MAZ-Online.de (Märkische Allgemeine): Atommüll-Endlager in der Prignitz: Diese Gebiete könnte es noch treffen	6
04.11.2025	stern.de: Karte: Atommüll als Nachbar? Das sind mögliche Endlager-Standorte	8
05.11.2025	Nord News: Endlagersuche im Landkreis Emsland: Mehrere Gebiete als gering geeignet eingestuft	9
05.11.2025	Fuldaer Zeitung: Atommüll-Endlager in Osthessen? Gebiete auf dem Prüfstand	10
05.11.2025	Mitteldeutscher Rundfunk: Thüringen bleibt bei Atommüll-Endlager-Suche im Rennen	11
04.11.2025	Schaumburger Nachrichten: Diese Gebiete in Schaumburg kämen als Atommüll-Endlager in Frage	13
04.11.2025	Pfalz-Express: Neustadt an der Weinstraße scheidet offiziell aus Verfahren zur Endlagersuche für Atommüll aus	14
05.11.2025	Süddeutsche Zeitung Online: Standortsuche: Hallertau für Atommüll-Endlager ungeeignet	15
06.11.2025	swr.de: Heidelberg lehnt mögliche Atommüll-Endlager-Prüfung ab	16
31.10.2025	geobranchen.de: Endlager-Regionen in Hessen weiter eingegrenzt	17

AKW Rheinsberg: Der ganz langsame Abschied von der Atomkraft

Deutschlands erstes AKW bei Berlin wird seit 30 Jahren zurückgebaut. Noch gibt es viel zu tun, und ein Enddatum ist nicht bekannt. Ein Ortsbesuch.

Beschaulich, idyllisch, historisch: Die Stadt Rheinsberg hat weniger als 8.000 Einwohner und liegt in einer der am dünnsten besiedelten Regionen in ganz Mitteleuropa. Gerade einmal 39 Menschen sind es pro Quadratkilometer, 70 km weiter südlich in Berlin ist es mehr als das Hundertfache.

Dennoch ballt sich die Kultur an diesem Fleckchen am Süzipfel der Mecklenburgischen Seenplatte. Das Vorbild für Schloss Sanssouci befindet sich hier. Kurt Tucholsky schrieb Rheinsberg: Ein Bilderbuch für Verliebte, Theodor Fontane kam auch einmal vorbei und schrieb ebenfalls darüber.

Perfekter Standort, beinahe

1956 fiel die Entscheidung, knapp 10 km entfernt zudem das Kernkraftwerk Rheinsberg zu errichten, oder, wie es damals der Einfachheit halber bezeichnet wurde, Volkseigener Betrieb Kernkraftwerke "Bruno Leuschner" Greifswald/Betriebsteil KKW Rheinsberg. Der gewählte Standort war nicht nur damals schon dünn besiedelt und weit genug entfernt von Berlin, sondern liegt zwischen dem Nehmitzsee und dem tiefsten Sees Brandenburgs, dem Großen Stechlinsee.

Der Zugang zu großen Mengen Kühlwasser war damit auf einfache Weise sichergestellt. Dass das gesamte Gebiet bereits seit 1938 unter Naturschutz stand und noch immer steht, dürfte in den Erwägungen keine entscheidende Rolle gespielt haben.

So ging das allererste kommerziell betriebene Kernkraftwerk Deutschlands mitten in einem brandenburgischen Wald 1966 in Betrieb, ein Druckwasserreaktor vom Typ WWER-70. Die Leistung von gerade einmal 70 Megawatt (MW) entsprach dabei kaum 10 Prozent eines modernen Reaktors.

Nichts für die Ewigkeit

Die Wirtschaftlichkeit spielt in Rheinsberg nur eine untergeordnete Rolle, das Kraftwerk sollte nur der erste Schritt sein und vor allem der Ausbildung dienen. Das zeigt sich auch an der geplanten Laufzeit, die lediglich 20 Jahre betragen sollte, kaum die Hälfte der Laufzeit der Reaktoren, die schon einige Jahre später in Betrieb genommen wurden.

Die Baukosten, die schon damals vielfach nach oben korrigiert wurden, beliefen sich am Ende auf 400 Millionen Mark der Deutschen Notenbank. Setzt man den damaligen Durchschnittsverdienst von 500 Mark als Referenz an, würde die Summe aktuell knapp 3 Milliarden Euro entsprechen.

1986 wäre offiziell schon wieder Schluss gewesen mit Kernenergie aus Brandenburg. Ein Jahr Sanierungs- und Wartungsarbeiten brachten jedoch fünf Jahre Verlängerung bis 1992. Noch vor der Wiedervereinigung im Juni 1990 wurde das Atomkraftwerk abgeschaltet, dessen sicherer Weiterbetrieb nach neuer Gesetzeslage nicht mehr gewährleistet war.

Das Abenteuer Rückbau beginnt

1995 begann der letzte Lebensabschnitt des KKW Rheinsberg. Fünf Jahre hatte es bis zur Genehmigung für den Rückbau gedauert, sicherlich auch, weil das Kraftwerk vollständig im Staatsbesitz ist und deshalb alle Kosten aus Steuergeldern finanziert werden müssen.

Damit hat das kleine Atomkraftwerk in der brandenburgischen Landschaft wieder eine Vorreiterrolle, nämlich für das Sammeln von Erfahrungen beim Rückbau. Und weil die ganzen Arbeiten komplett in staatlicher Hand sind, kann man sich das Ganze hautnah anschauen.

Zeitreise in die 1960er Jahre

Die Fahrt über kleine und kleinste Landstraßen führt in das winzige Örtchen Menz, das vor allem für seine Badestelle berühmt ist. Dort folgt man einem hochhoffiziellen Schild des Entsorgungswerks für Nuklearanlagen GmbH und verlässt die regulären Straßen.

Betonplatten, verlegt für die Ewigkeit und bestens gepflegt, verlaufen einspurig durch den Wald, weiter, immer weiter, einfach geradeaus, 6 km lang. Dann steht man vor einem Tor, das von einer Friedenstaube vor einem Atommodell geziert wird.

Das Motiv passt zum Fortschrittsglauben der damaligen Zeit, der zwei Jahrzehnte später heftig erschüttert wurde. In Rheinsberg dagegen war die Welt noch in Ordnung, was sich beim Besuch in den verschiedensten Winkeln zeigt,

zum Beispiel dadurch, dass die Vorhänge in der Reaktorwarte farblich perfekt zur Lackierung der Armaturen passen.

Oder anhand der liebevoll abgestimmten Bilder, die die Wände zieren. Allein der Treppenaufgang im Verwaltungsgebäude ist eine Besichtigung wert, weil er komplett aus der Zeit gefallen ist.

Entscheidungen von damals rächen sich

Am Ende soll hier nur noch eine grüne Wiese verbleiben. Eine Nachnutzung, die bei anderen Kernkraftwerken realistisch erscheint, wird es nicht geben. Wir befinden uns in einem Naturschutzgebiet und zu dem soll es wieder werden.

Der Weg dahin wurde schon ein Stück weit beschritten. Die verbliebenen Brennelemente wurden 2001 in vier Castorbehältern ins Zwischenlager transportiert. 2007 folgte der Reaktor-druckbehälter.

Kritische Elemente entfernt

Mit seinen 11 Metern Länge und einem Gewicht von 110 Tonnen entschied man sich, ihn in einem Stück zur Zwischenlagerung zu transportieren. Bei neuen Kraftwerken dürfte sich das komplizierter gestalten. Mit einem vielfachen Durchmesser und drei- bis vierfachem Gewicht ist der Abtransport eher ausgeschlossen. Man darf gespannt sein, wie diese Problematik zukünftig gelöst wird.

Die am meisten belasteten Elemente waren damit zügig entfernt, aber schon während der ersten Arbeiten stellte man fest, dass beim Bau des AKW Rheinsberg niemand daran gedacht hatte, dass es einmal zurückgebaut werden könnte. Leitungen verlaufen durch meterdicken Stahlbeton, der zudem noch ganz andere Tücken bereithält.

Zentimeter für Zentimeter

Diese Leitungen mussten dementsprechend mit großem Aufwand und schwerem Gerät entfernt werden. Parallel

werden sämtliche Bereiche des Kernkraftwerks freigemessen, wie es heißt.

Man misst also auf jedem Quadratmeter in jedem Raum die Strahlung. Wird Strahlung entdeckt, muss die Quelle ermittelt werden, um anhand der Halbwertszeit zu prüfen, ob es sich lohnt zu warten, bis die Strahlung auf dem gesicherten Gelände des Kraftwerks nachgelassen hat oder ob die Komponenten in ein Zwischen- und schließlich Endlager verbracht werden müssen.

Ziel ist es, möglichst viele Bestandteile für unbedenklich erklären zu können, damit sie anderswo als Baumaterial weiter verwendet oder zumindest auf normalem Weg entsorgt werden können. Die Kosten für eine Einlagerung, auch nur für ein paar tausend Jahre, sind - wenig überraschend - exorbitant höher.

Ein Reaktor strahlt

Zumindest für Außenstehende kommt es bei solchen Messungen zu gewöhnlichen Entdeckungen. Generell läuft eine Kernspaltung keineswegs nach einem sauberen Muster ab, bei dem die spaltbaren Uranisotope unter Energieabgabe in Barium und Krypton sowie zwei Neutronen zerfallen.

Es entstehen auch Transurane. Am bekanntesten dürften Plutonium und Americium sein. Die diversen Isotope sind durchweg instabil und strahlen in unterschiedlichster Form. Aber auch Cobalt-60 findet sich nicht nur in der Reaktorabschirmung des AKWs Rheinsberg.

Es entstand nach und nach durch den fortwährenden Neutronenbeschuss unter anderem in den stützenden Stahlverstrebungen. Eisen-58, ein vergleichsweise häufiges und stabiles Eisenisotop nimmt zwei Neutronen auf, und durch Beta-Zerfall wandelt sich ein Neutron in ein Proton. Am Ende des Prozesses hat man Cobalt-60.

Das radioaktive Isotop ist ein Gammastrahler, glücklicherweise mit einer Halbwertszeit von nur fünf Jahren. Mit etwas Geduld von 40 Jahren hat sich die

vorhandene Menge um den Faktor 250 verringert.

Die Kosten steigen

Weitere große Aufgaben warten zudem noch. Sind alle transportablen Komponenten und losen Teile vermessen, sortiert und abtransportiert, bleibt schließlich ein knapp 30 Meter hohes Reaktorgebäude übrig.

Das kann nicht einfach zurückgebaut werden, weil auch hier, tief im Beton, in den Wandfarben, in Stahlträgern radioaktive Elemente gefunden werden, die man nicht in die Umwelt gelangen lassen will. Von Asbest für den Brandschutz und polychlorierten Biphenylen in den Farben ganz zu schweigen.

Für diesen letzten Teil des Rückbaus muss ein Mantel um das Gebäude errichtet werden. Das wird kein Sarkophag wie in Tschernobyl, schließlich müssen in Rheinsberg lediglich für einige Jahre Staubpartikel zurückgehalten werden. Eine 40 Meter hohe Halle mit ein paar tausend Quadratmetern Grundfläche mitten im Wald dürfte dennoch ein imposantes Bild abgeben.

Keine verlässliche Kostenvorhersage, wie auch?

Weil viele der Schwierigkeiten des Rückbaus zunächst gar nicht abzusehen waren, veränderte sich auch die Kostenprognose stetig und stets nach oben. Ursprünglich wurden im Jahr 1995 umgerechnet 420 Millionen Euro angesetzt, die 2011 auf 600 Millionen korrigiert wurden.

Die Endlagerkosten waren da schon inbegriffen, wobei die Frage erlaubt sei, wie sie sich zusammensetzen sollen, wenn noch gar kein verlässliches Endlager verfügbar ist. Mittlerweile gibt die Betreibergesellschaft an, dass bisher allein für den Rückbau bereits 700 Millionen Euro ausgegeben wurden. Auf insgesamt 1 Milliarde Euro sollen die Kosten für den vollständigen Rückbau noch steigen, mindestens.

Wie teuer eine Endlagerung irgendwann sein könnte, lässt sich nicht seriös abschätzen, aber das käme noch

obendrauf. Für ein einziges Kilogramm hochradioaktiven Abfalls werden mehrere tausend Euro angesetzt. Mittel- und schwachradioaktive Abfälle könnten deutlich günstiger werden.

Allein beim AKW Rheinsberg kommen vermutlich mehr als 9.000 Tonnen zusammen, die eingelagert werden müssen. Die Bundesgesellschaft für Endlagerung geht von deutschlandweit 300.000 Kubikmetern aus, die schlussendlich sicher verwahrt werden müssen, teils für die Ewigkeit. Das wären dann abhängig von der Dichte, wobei es sich zumeist um Beton und Erdaushub handeln dürfte, deutlich mehr als 500.000 Tonnen.

Kein Ende in Sicht

Dass die Kosten für den Rückbau stiegen und weiter steigen dürften, liegt natürlich auch am Zeitplan, den es in einer konkreteren Form gar nicht gibt. Ursprünglich gab es die Idee, bis 2012 den vollständigen Rückbau erreicht zu haben, also nach 17 Jahren.

Bis vor Kurzem galt die Mitte des kommenden Jahrzehnts als realistisches Ziel. Mittlerweile existiert kein Endtermin mehr, was aber nur teilweise auf

den unterschätzten Aufwand zurückzuführen ist.

Triftige Gründe für das langwierige Bauvorhaben

So darf man wohl auch der Bürokratie eine gewisse Mitschuld geben, da weiterhin die Gesetze und Verordnungen für eine aktive Atomanlage auf das zu Teilen zurückgebaute AKW Rheinsberg angewendet werden müssen. Nicht einfacher wird die Situation durch die Tatsache, dass sich die komplette Anlage im Naturschutzgebiet befindet. Die Genehmigung für ein kurzes Stück Straße auf dem Werksgelände soll sich deshalb schnell über Jahre hinziehen.

Noch kritischer ist jedoch ein Platzproblem, das in den nächsten Jahren nicht besser wird. Aktuell werden alle weiterhin radioaktiven Bestandteile ins Zwischenlager Nord verbracht, das sich auf dem Gelände des ehemaligen Atomkraftwerks Lubmin befindet. Dessen Kapazität geht zur Neige, man erinnere sich an die erwähnten 300.000 Kubikmeter.

Ohne ein Endlager wird sich somit demnächst die Frage ergeben, wohin all

die sicher zu verwahrenden Kisten und Container transportiert werden sollen. Die Frage, wann ein solches Lager gefunden sein wird, ob es jemals gefunden sein wird, lässt sich momentan nicht beantworten. 2031 will man Näheres wissen, aber ein konkreter Standort dürfte auch dann noch längst nicht feststehen.

Bis dahin ein Museum

Die Problematik wird sich nach und nach natürlich für alle Atomanlagen ergeben. Und gut möglich, dass man dort auf die nächsten, nie vorhergesehenen Entwicklungen trifft, eine lange Abklingzeit in Kauf nehmen oder ganz eigene Techniken einsetzen muss, um die Anlagen zurückzubauen.

Für die nächsten Jahre wird das KKW Rheinsberg somit noch erhalten bleiben und bietet kostenlose Führungen an. Als Museum für das Industriedesign der DDR der Sechzigerjahre eignet sich der gesamte Komplex hervorragend und zeigt nebenbei, dass der Abschied von der Atomkraft eine anspruchsvolle und langwierige Aufgabe ist.

Wörter:	1.711	Ausgabe:	Einzelausgabe
Autor/-in:	Mario Petzold	Visits (VpD) ¹ :	490.792
Medienkanal:	ONLINE	Unique Users	83.000
Mediengattung:	Online News	(UUpD) ² :	
Medientyp:	ONLINEMEDIEN		

Weblink: <http://www.golem.de/news/akw-rheinsberg-der-ganz-langsame-abschied-von-der-atomkraft-2511-201576.html>

¹ von PMG gewichtet 03-2025

² gerundet agma ddf Ø-Tag 2023-03 vom 21.04.2023, Gesamtbevölkerung 16+

Salzstrukturen als mögliche Standorte

Atommüll-Endlager in der Prignitz: Diese Gebiete könnte es noch treffen

Groß Pankow

Die Bundesgesellschaft für Endlagerung prüft erneut Salzstrukturen als mögliche Standorte für Atommüll im Landkreis. Während große Teile Brandenburgs bereits ausgeschieden sind, gilt das für Teile der Prignitz noch nicht.

Die Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE) hat ihren neuen Arbeitsstand zur Suche nach einem Atommüll-Endlager vorgelegt – und auch die Prignitz steht weiterhin auf der Karte. Während große Teile Brandenburgs inzwischen als wenig geeignet oder ungeeignet gelten, bleiben im Nordwesten des Landes, darunter in der Prignitz, noch einzelne Salzstock-Regionen unter Beobachtung. Das geht aus dem aktuellen Bericht und Kartenmaterial der BGE hervor.

„Wir halten Wort und veröffentlichen wie im Vorjahr unsere aktuellen Arbeitsstände. So können alle Menschen sehen, dass es mit der Endlagersuche vorangeht und wie es in ihrer Region derzeit aussieht“, so Iris Graffunder, Vorsitzende der Geschäftsführung der BGE.

Flächen in Brandenburg neu bewertet

In der bundesweiten Suche nach einem Standort für hochradioaktive Abfälle hat die BGE 29 von ursprünglich 90 Teilgebieten erneut bewertet. Rund 53 Prozent der untersuchten Flächen wurden inzwischen ausgeschlossen oder als gering geeignet eingestuft. Damit sind viele Regionen Brandenburgs, vor allem weite Ton- und Tongemisch-Formationen im Süden und Osten, aus dem Verfahren herausgefallen.

Nur wenige Gebiete, darunter eingegrenzte Regionen im Niederen Fläming, bei Jüterbog, um Neuruppin, in der Pri-

gnitz und in Oberhavel, bleiben vorerst in der Prüfung.

Zwei mögliche Standorte in der Prignitz

Für den Landkreis Prignitz bedeutet das: Die Region gehört weiterhin zu den potenziell geologisch interessanten Bereichen Deutschlands. Grundlage ist, dass in Teilen der Prignitz stabile Salzstrukturen im Untergrund vermutet werden. Solche Salzstöcke gelten als grundsätzlich geeignetes Wirtsgestein, weil sie über lange Zeit dicht und formstabil bleiben und kein Wasser hindurchlassen – eine der wichtigsten Voraussetzungen für ein sicheres Endlager.

Nach BGE-Angaben betrifft das vor allem zwei mögliche geologische Strukturen: zum einen den Salzstock Helle im Bereich der Gemeinde Groß Pankow sowie nördlich bis nach Pritzwalk und Meyenburg, zum anderen die Salzstruktur Rambow, die sich bis in das Elbegebiet bei Lenzen und in Richtung Niedersachsen erstreckt.

Beide Gebiete waren schon im ersten Zwischenbericht 2020 als Teilgebiete ausgewiesen worden und sind bislang nicht ausgeschlossen worden. Ob sie am Ende tatsächlich weiterverfolgt werden, hängt von den nächsten Prüfschritten ab. „Der Arbeitsstand zeigt Flächen in Teilgebieten, die bereits einen oder zwei der vier Prüfschritte zur Bewertung der Sicherheit durchlaufen

haben“, so Lisa Seidel, Bereichsleiterin Standortauswahl bei der BGE.

Untersuchungen erfolgen erst Ende 2027

Bislang passiert die Suche ausschließlich auf dem Papier und am Computer. Es werden geologische Daten, Bohrungen aus früheren Jahrzehnten und seismische Messungen ausgewertet. Vor-Ort-Untersuchungen finden erst statt, wenn konkrete Standortregionen benannt werden – das soll laut BGE Ende 2027 geschehen.

Der nächste Arbeitsstand mit aktualisierten Bewertungen wird Mitte 2026 erwartet. Erst dann entscheidet sich, ob die Prignitz-Gebiete weiter im Verfahren bleiben.

Aktuell keine konkreten Folgen für die Prignitz

Konkret haben die aktuellen Ergebnisse für die Prignitz zunächst keine baulichen oder planerischen Folgen. Es gibt keine Genehmigungen, keine Bohrungen und keine Standortfestlegungen. Dennoch kann die Einstufung Auswirkungen auf die Wahrnehmung und auf kommunale Planungen haben – etwa bei künftigen Infrastrukturprojekten, bei Investitionen oder bei der öffentlichen Diskussion über die Zukunft der Region.

Karte zeigt mögliche Gebiete in Deutschland

Die BGE stellt auf ihrer Internetseite einen interaktiven „Endlagersuche-Navi-

gator“ bereit. Dort können Bürger ihre Postleitzahl eingeben und sehen, ob ihr Wohnort in einem Teilgebiet liegt. Für die Prignitz sind weiterhin grau markierte Bereiche sichtbar – sie stehen für Gebiete, die sich noch in der frühen Phase der Sicherheitsuntersuchungen befinden.

Brandenburgs Geologie ist im Bundesvergleich relativ schwierig: Große Flächen bestehen aus Sedimentgestein, Sand und Ton. Nur in einigen wenigen Regionen gibt es unter der Erdoberflä-

che Salzlager, die als potenziell geeignet gelten. Die Prignitz gehört zu diesen Ausnahmen. Das macht den Landkreis geologisch interessant – und hält ihn im Verfahren.

Suche nach Endlagern seit 2017

Deutschland sucht seit 2017 nach einem dauerhaften Endlagerstandort für rund 27.000 Kubikmeter hochradioaktiven Atommüll. Die letzten Atomkraftwerke wurden 2023 abgeschaltet, der Abfall lagert derzeit in 16 Zwischenla-

gern. Das Endlager soll für eine Million Jahre sicher sein.

Der Auswahlprozess läuft in drei Phasen: Zuerst werden geeignete Gebiete identifiziert, danach werden einzelne Standortregionen genauer untersucht, und schließlich wird in einer dritten Phase der konkrete Standort bestimmt. Die Entscheidung soll bis 2031 fallen.

MAZ

Wörter:	652	Ausgabe:	Einzelausgabe
Autor/-in:	Marcus J. Pfeiffer	Visits (VpD) ¹ :	3.458.294
Rubrik:	Groß Pankow		
Medienkanal:	ONLINE		
Mediengattung:	Online News		
Medientyp:	ONLINEMEDIEN		

Weblink: <https://www.maz-online.de/lokales/prignitz/gross-pankow/suche-nach-endlager-fuer-atommuell-in-der-prignitz-diese-gebiete-koennte-es-noch-treffen-OYBAJ4WTUNFTVJOQDGYLTKLPPQ.html>

¹ von PMG gewichtet 09-2025

EWN Entsorgungswerk für Nuklearanlagen GmbH



Karte: Atommüll als Nachbar? Das sind mögliche Endlager-Standorte

4. November 2025 20:14 | Medienart: Online | Visits/Monat: 45.000.000

[Originalartikel](#) (Online Website)

Nach dem **Atomausstieg** vor zweieinhalb Jahren bleibt der Müll. Auf der Suche nach einem geeigneten **Endlager** -Standort wird die infrage kommende Fläche immer weiter eingegrenzt. Wie die zuständige Bundesgesellschaft für **Endlagerung** (BGE) mitteilt, kommen noch rund 25 Prozent der deutschen Fläche für ein **Endlager** infrage. Vor einem Jahr war es mit rund 44 Prozent noch rund die Hälfte der Republik.

Die unten stehende Karte zeigt grob, welche Regionen bereits geprüft wurden und wo die Prüfung noch läuft. Wenn Sie konkret für Ihren Wohnort nachschauen möchten, ob er für ein **Endlager** infrage kommt, bietet die **BGE** auf ihrer Webseite einen interaktiven "Navigator" an. Den Link finden Sie unter der Karte.

Wie die Grafik zeigt, kommen besonders in Norddeutschland noch große Flächen für ein **Atommüllendlager** infrage. Viele Regionen wurden allerdings dort schlicht noch nicht abschließend bewertet. In Süddeutschland wurden bereits viele Regionen ausgeschlossen, aber auch dort gibt es noch mögliche Standorte.

Atommüll Endlagersuche: Die Qual der Wahl

Nachdem in Deutschland die letzten **Atomreaktoren** im April 2023 außer Dienst genommen wurden, blieben rund 27.000 Kubikmeter radioaktiver Abfall zurück. Für den **Atommüll**, der sich in rund 60 Jahren angehäuft hat und teils bereits in Zwischenlagern in der gesamten Bundesrepublik liegt, soll nun ein endgültiger Lagerort gefunden werden, der Sicherheit für eine Millionen Jahre bietet.

Bei der Suche wertet die **BGE** derzeit vor allem geologische Daten aus, wie die Vorsitzende der Geschäftsführung, Iris Graffunder, sagt. Es gelte: "Je gleichmäßiger und langweiliger der Untergrund ist, umso besser geeignet für ein **Endlager**."

Dickere Gesteinsschichten in Gegenden mit Steinsalz, Tongestein oder Granit sind laut **BGE** besser geeignet als dünnere. Außerdem wird mögliche Vulkanaktivität und Erdbebenrisiko mit einbezogen. Die Suche kostet Zeit: Ein weiterer Zwischenstand soll 2026 präsentiert werden, Ende 2027 will die **BGE** Standortregionen für die oberirdische Erkundung vorschlagen. Als Zielform für die Entscheidung über ein **Endlager** ist derzeit 2050 angepeilt.

Abonnieren Sie unseren kostenlosen Hauptstadt-Newsletter – und lesen Sie die wichtigsten Infos der Woche, von unseren Berliner Politik-Expertinnen und -Experten für Sie ausgewählt!

Insgesamt habe Deutschland "extrem gute geologische Formationen, um hochradioaktive Abfälle endzulagern", sagt BGE-Chefin Graffunder. "Die Schwierigkeit ist nicht, einen Standort zu finden, sondern wir haben die Qual der Wahl."

EWN Entsorgungswerk für Nuklearanlagen GmbH

 Nord News

Endlagersuche im Landkreis Emsland: Mehrere Gebiete als gering geeignet eingestuft

5. November 2025 05:42 | Medienart: Online

[Originalartikel](#) (Online Website)

Bundesgesellschaft veröffentlicht aktuellen Sachstand zur **Endlagersuche**

Meppen. Am gestrigen Montag (3. November) hat die Bundesgesellschaft für **Entsorgung** (BGE) einen neuen Arbeitsstand zur **Endlagersuche** veröffentlicht. Erstmals wurden dabei auch Zwischenergebnisse zu einigen der insgesamt zehn Teilgebiete, die im Landkreis Emsland liegen, präsentiert.

Demnach ist im südlichen Kreisgebiet ein Bereich in flach lagerndem Steinsalz (Teilgebiet 076_03) im Prozess der **Endlagersuche** für hochradioaktive Abfälle als ungeeignet oder gering geeignet eingestuft worden und wird damit voraussichtlich nicht als **Endlager** in Frage kommen. Ebenfalls sind die beiden Teilgebiete in Tongestein 005 (mittleres und südliche Emsland) und 007 (mittleres und nördliches Emsland) in Gänze eingestuft worden. Beide Gebiete werden demnach überwiegend in die Kategorien gering geeignet oder ungeeignet klassifiziert. Einzelne Untersuchungsräume der beiden Teilgebiete werden jedoch voraussichtlich im weiteren Suchprozess als geeignet oder sogar gut geeignet eingestuft. Konkretere Aussagen hierzu werden voraussichtlich im Sommer 2026 getroffen, wenn die **BGE** einen weiteren Arbeitsstand präsentieren wird.

In einem weiteren Teilgebiet (077), das den Bereich des südlichen und östlichen Kreisgebiets umfasst, ist die Untersuchung etwa zur Hälfte abgeschlossen: Bisher konnten hier keine für eine **Endlagerung atomarer Abfälle** geeigneten Teilräume lokalisiert werden. Die übrigen drei Teilgebiete im Landkreis Emsland sind

ebenso wie die drei Salzstöcke in Wahn, Lathen und Börger laut aktuellem Arbeitsstand noch nicht in Eignungskategorien eingeordnet worden.

„Der Landkreis Emsland trägt mit dem Ausbau der Windenergie und den zahlreichen Netzausbau- und Leitungsvorhaben bereits eine große Last bei der Umsetzung der erforderlichen Energiewende. Wir betonen daher erneut: Wir wollen kein **Endlager** für radioaktive Stoffe im Emsland. Das sieht die Politik so, und auch die Bürgerinnen und Bürger“, betont Landrat Marc-André Burgdorf.

Die **BGE** ist vom Bund beauftragt, den Standort mit der bestmöglichen Sicherheit für ein **Endlager** für hochradioaktive Abfälle in Deutschland zu finden. Am gestrigen Montag hat sie ihren aktuellen Arbeitsstand dargestellt. Für diesen Arbeitsstand hat die **BGE** zunächst die Teilgebiete mit günstigen geologischen Bedingungen für ein **Endlager** für hochradioaktive Abfälle weiter in Untersuchungsräume aufgeteilt und diese dann schrittweise bewertet. Diejenigen Untersuchungsräume, die sich im Zuge dieser Bewertung als ungeeignet oder gering geeignet herausstellen, sollen im Verfahren nicht weiter betrachtet werden. Alle Ergebnisse der aktuellen Arbeitsstände werden in einer interaktiven Karte, dem so genannten **BGE Endlagersuche Navigator**, dargestellt.

Um die Einordnung der **BGE** auf Nachvollziehbarkeit zu überprüfen, hat der Landkreis Emsland das Öko-Institut damit beauftragt, sich die verbleibenden Untersuchungsräume näher anzuschauen. Ziel der Beauftragung ist es, eine fachliche Einschätzung zu bekommen, um einerseits die Situation der **Endlagersuche** für den Landkreis Emsland transparent und nachvollziehbar zu gestalten und um andererseits handlungsfähig zu sein und sich in den weiteren Verfahrensschritten rechtzeitig einbringen zu können.

Das Öko-Institut hat die aktuellen Arbeitsstände zu allen zehn Teilgebieten im Emsland in einem Dokument für den Landkreis aufbereitet. Dieses ist auf der Webseite des Landkreises unter **Landkreis Emsland – Begleitforum Endlagersuche – Regionalplanung, Bauen und mehr – Wirtschaft und Struktur** zu finden.

Hier geht es zum **BGE Endlagersuche Navigator**: <https://www.bge.de/de/endlagersuche/standortregionen/endlagersuche-navigator/>

Text: Landkreis Emsland

EWN Entsorgungswerk für Nuklearanlagen GmbH

 Fuldaer Zeitung

Atommüll-Endlager in Osthessen? Gebiete auf dem Prüfstand

5. November 2025 06:43 | Medienart: Online | Visits/Monat: 1.600.000

[Originalartikel](#) (Online Website)

Während Gebiete unter anderem in Norddeutschland, Thüringen und Sachsen-Anhalt noch geprüft werden sollen, waren große Teile Hessens von Beginn an aus dem Rennen, weil die nötigen Gesteinsschichten dort nicht vorhanden sind. Bereiche aus den Landkreisen Hersfeld-Rotenburg und Fulda werden aber weiterhin untersucht.

Hersfeld-Rotenburgs Landrat Torsten Warnecke (SPD) äußerte sich in einer Pressemitteilung des Kreises erstaunt. „Die Entscheidung der BGE, unseren Landkreis weiterhin im Auswahlverfahren zu belassen, ohne ernsthaft die riesigen untertägig abgebauten und für die Zukunft der Kali-Produktion notwendigen weiteren Gebiete einzubeziehen, ist mehr als irritierend. Denn schon das Kartenmaterial gibt keine ausreichenden Flächen her“, sagt Warnecke.

EWN Entsorgungswerk für Nuklearanlagen GmbH

 Mitteldeutscher Rundfunk

Thüringen bleibt bei Atommüll-Endlager-Suche im Rennen

5. November 2025 05:00 | Medienart: Online

[Originalartikel](#) (Online Website)

Es ist ein Projekt für Generationen. Die Bundesgesellschaft für **Endlagerung** (BGE) sucht den sichersten Ort für rund 27.000 Kubikmeter radioaktiven Abfall. Und der soll auch eine nächste Eiszeit überstehen können. Thüringen kann als Standort theoretisch infrage kommen. Praktisch wird es aber bis zum Bau noch sehr lange dauern.

Ein **Endlager** muss eine Million Jahre halten. Das gebieten die Strahlkraft des **Atommülls** und die Rücksicht auf künftige Zivilisationen. So gesehen geht alles noch ziemlich schnell. "Wir hoffen, dass wir bis Mitte des Jahrhunderts einen Standort festlegen können", sagt Dagmar Dehmer, Sprecherin der Bundesgesellschaft für **Endlagerung** (BGE).

Das ist ein Generationenprojekt. Und das ist auch gut so, weil Sicherheit hier Vorrang vor Tempo haben muss.

"Dann muss das **Endlager** geplant und gebaut werden - das dauert noch einmal gut und gerne 20 Jahre." Erst um 2070 herum könnten erste Abfälle eingelagert werden. Danach soll der Betrieb noch etwa 50 Jahre laufen, bevor das Lager endgültig verschlossen wird. "Das ist ein Generationenprojekt. Und das ist auch gut so, weil Sicherheit hier Vorrang vor Tempo haben muss", so Dehmer. Umweltminister Carsten Schneider (SPD) möchte das Verfahren gern beschleunigen, doch die **BGE** verweist darauf, dass wir nicht langsamer sind als andere, sondern einfach nur später gestartet sind. Finnland und Schweden hätten auch 40 bis 50 Jahre gebraucht, um mit dem Bau zu beginnen. Und nein, dort ist kein Platz für unseren Müll.

Auf der Karte des **Endlagersuche**-Navigators scheint Thüringen einige Gewässer hinzugewonnen zu haben. Doch die vermeintlichen Seen (in der Karte blau gefärbte Flächen) sind keine, sondern nur geologisch geeignete Bereiche, weil sie die ersten Prüfungen bestanden haben. "Diese Regionen bleiben jetzt im Fokus, bis wir Ende 2027 unseren Vorschlag vorlegen. Dann sehen wir, welche Gebiete wir tatsächlich erkunden wollen."

Geprüft wird streng nach Sicherheitskriterien: gleichmäßige Gesteinsschichten, keine aktiven Störungszonen, kein Risiko durch Erdbeben. Vor allem Steinsalz, Ton oder Granit kommen infrage - je "langweiliger" der Untergrund, desto besser, heißt es bei der **BGE**. Nach diesen Kriterien sind derzeit noch rund 25 Prozent der Bundesfläche im Rennen.

Große Teile von Nordrhein-Westfalen, Hessen und das Saarland sind schon raus. Thüringen hingegen bleibt auf der Karte, konkret Gebiete zwischen Mühlhausen und Bad Langensalza, Gotha und Erfurt und rund um Kölleda und Sömmerda. Über die Eingabe von Postleitzahl oder Wohnort lässt sich im Navigator die Region quasi kilometergenau eingrenzen.

Naheliegender wäre es, den Müll dort zu versenken, wo früher Uran gefördert wurde - etwa bei Ronneburg oder Gera. Doch daraus wird nichts. "Ein Altbergbau ist prinzipiell nicht geeignet für ein **Endlager**", erklärt Dehmer. "Das Gestein ist geschädigt, es gibt Auflockerungszonen und Risse. Wir brauchen unversehrtes, stabiles Gestein, das sich selbst über Jahrmillionen nicht bewegt."

Auch technisch wird die **BGE** einen anderen Weg gehen, den späteren **Endlagerstollen** zu bauen: Statt Sprengungen sind Tunnelbohrmaschinen vorgesehen. Ziel ist ein möglichst kleiner Eingriff in die geologische Struktur, um die natürliche Rückhaltefähigkeit zu erhalten. Keine Eiszeit darf den Müll wieder an die Oberfläche bringen. "Wir müssen Szenarien durchdenken, die weit über menschliche Vorstellungskraft hinausgehen", sagt Dehmer.

Die Sicherheitsnachweise müssen so robust sein, dass sie auch in ferner Zukunft halten - wenn sich niemand mehr an den **Atomausstieg** oder die Abgeordneten des Bundestages nebst ihrer Parteien erinnert, die den Standort irgendwann Mitte dieses Jahrhunderts final beschließen müssen.

Die vier ehemaligen Kernkraftwerksbetreiber Eon, RWE, Vattenfall und EnBW haben 2017 insgesamt 24,3 Milliarden Euro in einen Fonds eingezahlt. Das sind u.a. die über die Jahre des Betriebs angesammelten Rückstellungen für die **Entsorgung** und ein Risikoaufschlag.

Die Bundesregierung rechnet bis 2100 mit Kosten von 170 Milliarden Euro. Rund 60 Jahre "billige" Kernkraft nimmt also ein teures Ende und sollte Mahnung sein, bei künftigen Restart-Überlegungen schlauer zu sein.

Ich habe keine Sorge, dass wir den sichersten Ort in Deutschland finden. Wir haben die Geologie dafür.

Weil das **Endlager** Eiszeiten und geologische Bewegungen überstehen soll, sollen sich die Bewohner der Region, die den Zuschlag bekommt, keine Sorgen machen müssen, so Dagmar Dehmer. Im Gegenteil, das **Endlager** könnte ein Wirtschaftsfaktor werden und möglicherweise etwas, das über die Region hinaus "strahlt", im positiven Sinne.

Denn der Rest der Welt wird schauen, was Deutschland macht, und es möglicherweise nachmachen, die Technologie kaufen und somit unseren Urururur-Enkeln noch einen sicheren Arbeitsplatz beschere. "Ich habe keine Sorge, dass wir den sichersten Ort in Deutschland finden. Wir haben die Geologie dafür", so Dehmer. MDR (jn)

EWN Entsorgungswerk für Nuklearanlagen GmbH

 Schaumburger Nachrichten

Diese Gebiete in Schaumburg kämen als Atommüll-Endlager in Frage

4. November 2025 10:29 | Medienart: Online | Visits/Monat: 360.000

[Originalartikel](#) (Online Website)

Schaumburg. Ein Viertel der Fläche Deutschlands kommt als Standort eines **Endlagers** für hochradioaktiven **Atommüll** weiter in Frage: So geht es aus den neuen Karten hervor, die die zuständige Bundesgesellschaft für **Endlagerung** am Montag veröffentlicht hat. Hinter diesem Link kann man sich die Karte selbst mit einem Fokus auf Schaumburg genauer ansehen.

Auf der Karte in türkis bzw. hellblau eingefärbt sind jene Gebiete, die theoretisch in Frage kommen. Im Landkreis Schaumburg sind es insbesondere Gebiete im Auetal, Eilsen und Obernkirchen, aber auch im Norden von Stadthagen sieht die **BGE** Möglichkeiten für unterirdische **Endlager**. Auch in Lauenau, Apelern und Rodenberg sind die Gebiete überwiegend blau gefärbt. Noch nicht endgültig untersucht sind dagegen aktuell große Teile von Rinteln (bis auf die Nordseite des Wesergebirges) und Bückeberg (bis auf den südlichen Teil Richtung B83).

Alle grau eingefärbten Gebiete sollen bis zum Ende 2026 untersucht sein, bestätigt **BGE**-Pressesprecher

Sven Petersen im Gespräch mit unserer Zeitung. Teilweise sind in einem Gebiet (wie etwa unter dem Auetal) verschiedene Gesteinsschichten, die unterschiedliche Einstufungen haben. Eine Schicht hat die Prüfung bereits bestanden, die andere ist noch in Bearbeitung. Dadurch kommen die teils unterschiedlichen Farbschattierungen zustande. Unter dem Auetal befindet sich laut Pressesprecher Petersen eine Schicht mit Tongestein, die als grundsätzlich geeignet für die **Endlagerung** hochradioaktiver Abfälle eingestuft wird. „Wir grenzen weiter ein“, betont er. Bis 2026 sollen die noch grau eingefärbten Gebiete eingestuft worden sein. Dann dürfte auch Rinteln Klarheit haben. Bis 2027 sollen dann einige wenige Gebiete in Deutschland auserkoren werden, wo dann eine **Atommüll-Endlagerung** ernsthaft geprüft werde. Weiterlesen nach der

Sicherheit für eine Million Jahre

Die **BGE** mit Sitz in Peine in Niedersachsen ist zuständig für die Suche nach dem aus wissenschaftlicher Sicht bestmöglichen Standort für ein **Atommüllendlager**, das für mindestens eine Million Jahre Sicherheit bietet – so sieht es das Standortauswahlgesetz vor. Dafür untersuchen die Wissenschaftler Salz-, Ton- und Granitformationen in ganz Deutschland anhand von Daten, die sie allerdings zum Teil erst mühsam zusammentragen mussten. Schritt für Schritt werden nun die Anforderungen erhöht, dadurch scheiden immer mehr Flächen aus. In diesem Zwischenschritt hat die **BGE** den Anteil von ursprünglich 54 Prozent der Bundesfläche nun weiter reduziert. „25 Prozent sind jetzt noch im Rennen“, erklärte **BGE**-Chefin Iris Graffunder bei der Vorstellung der neuen Ergebnisse.

Für Jörn Lohmann, Bürgermeister des Auetals, ist die jetzt veröffentlichte Karte keine Hiobsbotschaft. "Wir wurden leider vorab in keiner Weise informiert", erklärt Lohmann, "aber ich sehe aktuell nicht, dass wir in großen Schwierigkeiten sind." Fast 25 Prozent des Bundesgebiets seien Betroffen, die Wahrscheinlichkeit, dass die Wahl am Ende ausgerechnet auf das Auetal oder einen anderen Teil Schaumburgs falle, sei extrem gering. "Da wird die nächste Sau durchs Dorf getrieben", urteilt Lohmann.

EWN Entsorgungswerk für Nuklearanlagen GmbH



Pfalz-Express

Neustadt an der Weinstraße scheidet offiziell aus Verfahren zur Endlagersuche für Atommüll aus

4. November 2025 16:31 | Medienart: Online

[Originalartikel](#) (Online Website)

Neustadt – Die Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE) hat mitgeteilt, dass die Region Neustadt an der Weinstraße nicht länger im Verfahren zur Suche nach einem Endlager für hochradioaktive Abfälle berücksichtigt wird.

Zuvor war die Pfalz aufgrund geologischer Strukturen, insbesondere des kristallinen Grundgesteins im Pfälzerwald, in einem erweiterten Untersuchungsrahmen betrachtet worden.

Für viele Bürger in Neustadt waren die Themen Endlagerung und Atommüll mit Sorgen verbunden: Es ging um Fragen der Sicherheit, mögliche Eingriffe in die Landschaft und Unsicherheiten über den weiteren Verlauf des Verfahrens.

Oberbürgermeister Marc Weigel (FWG), der an einer offiziellen Veranstaltung der Bundesgesellschaft für Endlagerung teilnahm und die Begründung persönlich entgegennahm, erklärte:

„Ich bin erleichtert, dass das Gebiet um Neustadt an der Weinstraße keine weitere Rolle im Endlagersuchverfahren spielen wird. Dies ist eine beruhigende Nachricht für unsere Stadt. Wir wissen, dass allein die Möglichkeit weiterer Untersuchungen Verunsicherung ausgelöst hätte. Gleichzeitig dürfen wir als Gesellschaft nicht die Augen verschließen: Dieses Thema verschwindet nicht, nur weil wir nicht direkt betroffen sind. Beim nur wenige Kilometer entfernten ehemaligen Kernkraftwerk Philippsburg lagern hochradioaktive Abfälle aktuell über Tage. Auch das kann keine Dauerlösung sein. Deutschland muss eine Lösung finden, um das Kapitel Kernenergie verantwortungsvoll abzuschließen – aber eben dort, wo die Voraussetzungen wissenschaftlich wirklich passen und die Akzeptanz gewährleistet werden kann.“

Die Entscheidung der BGE bedeutet, dass für den Raum Neustadt keine weiteren geologischen Untersuchungen vorgesehen sind. Das bundesweite Suchverfahren wird in anderen Regionen Deutschlands fortgesetzt, wo laut BGE die geologischen Bedingungen günstiger erscheinen. (red/Stadt Neustadt)

EWN Entsorgungswerk für Nuklearanlagen GmbH

SZ Süddeutsche Zeitung Online

Standortsuche: Hallertau für Atommüll-Endlager ungeeignet

5. November 2025 16:00 | Medienart: Online | Visits/Monat: 48.000.000

[Originalartikel](#) (Online Website)

Die Menschen in der Hallertau können aufatmen. Der Landkreis Freising ist bei der Suche nach einem atomaren Endlager wohl aus dem Rennen. Anfang November hat die Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE) neue Karten zu möglichen Standorten eines Depots für hoch radioaktiven Abfall veröffentlicht. Diesen zufolge liegen die Gebiete des Landkreises Freising nicht in untersuchten Bereichen oder fallen in „Kategorie C“ und wären damit aus geologischer Sicht nur von „geringer Eignung“. Auf der Suche nach dem bestmöglichen Ort für Deutschlands Atommüll haben Geologen weitere Regionen ausgeschlossen. Für andere dagegen wird die Sache konkreter – auch in Bayern. Auf die Euphorie-Bremse tritt der Grünen-Bundestagsabgeordnete Leon Eckert. Denn die Grünen halten die Endlagerung hochradioaktiver Abfälle für eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Das Thema betreffe jede Region und lasse sich nicht einfach wegschieben, so Eckert. Aktuell sei vielleicht kein Endlager in der Region zu erwarten, ausgeschlossen sei es aber auch nicht: „Wer Atomkraft fordert, muss auch ehrlich über die Lagerung des Atommülls sprechen und bereit sein, sie vor der eigenen Haustür zu akzeptieren“, fordert der Abgeordnete.

EWN Entsorgungswerk für Nuklearanlagen GmbH



swr.de

Heidelberg lehnt mögliche Atommüll-Endlager-Prüfung ab

6. November 2025 06:52 | Medienart: Online

[Originalartikel](#) (Online Website)

Die Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE) hat nach Prüfungen bekannt gegeben, dass rund 25 Prozent der Fläche Deutschlands für die Endlagerung von Atommüll geeignet seien. Das ist eine Reduzierung der bisherigen Fläche, bedeutet aber, dass in einigen Gebieten weitere Prüfschritte möglich sind. Dazu gehört unter anderem ein Teil Heidelbergs. Die Stadt lehnt das auf SWR-Anfrage allerdings ab.

Heidelberg sei geologisch völlig ungeeignet für die Lagerung von radioaktiven Abfällen, heißt es von Seiten der Stadt. Man habe dem Bund bereits vor vier Jahren ein geologisches Gutachten übermittelt. Außerdem liege Heidelberg im tektonisch aktiven Oberrheingraben, wo regelmäßig kleinere Erdbeben registriert werden. Auch die hohe Bevölkerungsdichte spricht aus Sicht der Stadt gegen ein mögliches Endlager in der Region.

Nach der Prüfung der BGE sind noch drei Gebiete in Baden-Württemberg im Gespräch als mögliche Endlager-Stätten. Neben der Gegend zwischen Heidelberg-Ziegelhausen und Schönau sind das ein Teil

des Schwarzwaldes und ein Teil der Schwäbischen Alb. Ob diese Flächen tatsächlich in die engere Auswahl kommen, ist aber noch völlig offen. Es gibt auch Regionen, die noch nicht geprüft wurden. Die meisten davon liegen in Norddeutschland.

Bis Ende 2027 will die Bundesgesellschaft für Endlagerung Standortregionen vorschlagen, die anschließend oberirdisch erkundet werden sollen. Über die finale Auswahl entscheidet anschließend der Gesetzgeber. Für die rund 27.000 Kubikmeter Atommüll soll laut Bundesumweltministerium bis spätestens 2050 ein dauerhaftes Endlager gefunden werden – etwa 20 Jahre später als ursprünglich geplant. Wann das Endlager tatsächlich in Betrieb gehen kann, steht bislang noch nicht fest.

EWN Entsorgungswerk für Nuklearanlagen GmbH

 geobranchen.de

Endlager-Regionen in Hessen weiter eingegrenzt

31. Oktober 2025 09:47 | Medienart: Online

[Originalartikel](#) (Online Website)

Wohin mit den hochradioaktiven Abfällen in Deutschland? Auf der Suche nach einem sicheren Endlagerstandort hat die Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE) zum zweiten Mal seit 2024 ihren aktuellen Arbeitsstand veröffentlicht – die möglichen Endlager-Regionen in Hessen wurden weiter eingegrenzt: Nach wie vor zählen Steinsalz in Nord- und Osthessen sowie kristallines Gestein in Südhessen zu den potenziellen Standorten, insgesamt jedoch nur noch etwa drei Prozent der Landesfläche.